

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1987)

Heft: 1

Artikel: Alternativforschung für eine neue Energiepolitik

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-585999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

(...) Jahrzehntlang wurde dem Volk von der Wirtschaft und der mit ihr verbundenen Regierung eingetrichtert, dass das Industrieland Schweiz schicksalhaft mit jedem technischen Fortschritt verknüpft sei und dass die Lösung unserer Zukunftsaufgaben nur gewährleistet werden können, wenn alle Bedürfnisse unserer Konsumgesellschaft bedingungslos befriedigt würden, ungeachtet des Verschleisses von Energie und Ressourcen. Bewusst sind Sachzwänge geschaffen worden, die ein Abweichen von dieser Linie auf allen Ebenen verhindern sollen. Sowohl die industrielle als auch die wissenschaftliche Forschung ist weitgehend auf die verschwenderische Durchlaufwirtschaft ausgerichtet worden, wobei die Arbeitsplatzfrage geschickt als emotionelles Stimulans in den ganzen Problembereich hineinverwoben wurde.

Eine klare Folgerung zeichnet sich aus diesen Tatsachen ab: Die heute notwendige Förderung von alternativen Energiekonzepten erfordert auch eine neue Zielsetzung in der Forschungspolitik. Die Alternativforschung hat in den vergangenen Jahrzehnten ein recht kümmerliches Dasein gefristet; sie erhielt praktisch keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Nehmen wir als Beispiel die Sonnenenergie. Nach der Gründung der Sonnenenergie-Vereinigung (SSES) im Jahre 1974 waren es ungezählte Kleinfirmen und Idealisten, die auf eigenes Risiko und mit jahrelanger Freizeitarbeit die wirtschaftliche Nutzung dieser Technologie vorantrieben. Erst relativ spät griff das Eidgenössische Institut für Reaktortechnik (EIR) mit Bundesmitteln in die Entwicklung ein; dabei werden jedoch in erster Linie grosstechnische, zentralistische Vorhaben unter-

ren. Diese zogen es jedoch vor, im Rahmen des NEFF den geforderten Anteil von zwölf Millionen Franken jährlich «freiwillig» zur Verfügung zu stellen, weil sie dadurch in der Lage waren, selbst über die Forschungsprojekte zu entscheiden, die sie unterstützen wollten. Unter diesen Umständen überrascht es nicht, dass beispielsweise die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) als kritische Organisation nie einen Forschungsbeitrag vom NEFF erhielt, obwohl sie in den letzten zehn Jahren rund fünfzehn Berichte über alternative Energiequellen und die anzustrebende Energiepolitik publiziert hat. (...) Fast ebensowenig wie vom NEFF sind bisher vom Nationalfonds und den Technischen Hochschulen Beiträge für kritische Forschungsprojekte gesprochen worden. (Dafür hat der ehemalige Verwaltungsratspräsident der Atel, Michael Kohn, von der ETH Zürich einen Lehrauftrag zum Thema Energie und Gesellschaft erhalten!) Nicht einmal eine Überprüfung der von der Nagra ausgearbeiteten Pläne zur Entsorgung des radioaktiven Abfalls, die von sehr vielen unabhängigen Fachleuten als ungenügend beurteilt werden, wurde finanziell unterstützt. Auch hier waren es ausgewiesene Geologen der ETHZ – einer von ihnen ist seither als Professor an die Universität Genf berufen worden –, welche in mühevoller Freizeitarbeit, lediglich unterstützt von der SES, aus eigener Verantwortung diese Arbeit übernahmen.

Die Beispiele genügen, um aufzuzeigen, dass mit den bisherigen Strukturen die dringend notwendige Förderung der Alternativforschung nicht durchzusetzen ist. Bevor aber ein Umlenken der Energiepolitik realisiert werden kann, ist ein Umdenken in der Forschungspolitik unumgänglich, wie dies beispielsweise in Schweden der Fall war.

ALTERNATIV- FORSCHUNG FÜR EINE NEUE ENERGIEPOLITIK

Neue Ziele nötig

Eine schleichend wirksame Systemveränderung hat auf diese Weise seit dem letzten Weltkrieg das dezentrale und föderalistische Gefüge unserer Eidgenossenschaft erfasst und immer mehr zentralistische Strukturen geschaffen, vor allem in der Industrie, im Gewerbe und auch in der Landwirtschaft. Ganz bewusst wurde aber auch unsere Forschungspolitik auf neue Bahnen hingelenkt: Grosstechnologisch nutzbare Gebiete wie Atomenergie, Gentechnologie, Computerwissenschaften, Molekularbiologie – um nur wenige Beispiele zu nennen – nehmen auf Kosten menschenbezogener Erkenntnissuche und mittlerer Technologie immer breiteren Raum ein, und neuerdings verfolgen einflussreiche Kreise aus Wissenschaft und Technik gar die Entwicklung des SDI-Programms der USA zur Militarisierung des Weltraums mit unverhohlenem Interesse, ungeachtet der neutralitätspolitischen Stellung der Schweiz.

stützt; Vertreter von dezentralen und kleinräumigen Konzepten, welche zur Stärkung autonomer Strukturen von Berggebieten oder von Gemeinden beitragen wollen, haben auch heute noch mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. Hier aber liegen die Ansatzpunkte für eine neue Energiepolitik.

Die bisherige Forschungspolitik

Die heutige Energieforschung wird bestimmt durch Interessenvertreter aus der Energiewirtschaft, die mit den Hochschulen durch personelle und strukturelle Bande verknüpft sind. Dies lässt sich sehr eindrücklich am Fall des Nationalen Energieforschungs-Fonds (NEFF) aufzeigen. Dieser wurde vor knapp zehn Jahren von der vereinigten Energiewirtschaft geschaffen; lediglich die Gaswirtschaft hielt sich abseits. Bundesrat Ritschard hatte kurz zuvor in der Folge der ersten Energiekrise diese Kreise verpflichtet wollen, die nationale Energieforschung durch namhafte Beiträge mitzufinanzie-

Vorschlag 1: AEFF

Schweden mit seinen zwölf Reaktoren betrachtet die Kernenergie als Übergangslösung, die es bis zum Jahre 2010 durch erneuerbare Energie und bessere Nutzungstechniken ersetzen will. Bundesrat Stich hat als erstes Mitglied unserer Regierung diesen Denkanstoss aufgenommen. Um diese Idee bei uns in die Realität umzusetzen, ist jedoch noch viel Entwicklungsarbeit nötig. Dazu müssen in nächster Zeit personelle und finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Im folgenden werden explizit zwei Vorschläge skizziert, die in der kommenden Herbstsession des Nationalrates konkretisiert werden könnten (es aber nicht wurden, Red.). Es handelt sich dabei zum einen um einen Alternativen Energie-Forschungsfonds (AEFF) zur Förderung von verschiedenen Forschungsprojekten in der ganzen Schweiz, zum anderen um eine neu zu schaffende eidgenössische Anstalt für erneuerbare Energien und alternative

Energietechniken, welche wie das EIR alle Forschungsmittel vom Bund zur Verfügung gestellt bekäme und deren Resultate beim Bund entsprechendes Gewicht hätten. (...)

Entscheidend für den Erfolg der Vorhaben wird es sein, die Leitungsgremien bei der Stellen Wissenschaftlern und Sachverständigen anzuvertrauen, die von der Notwendigkeit einer alternativen Energieversorgung überzeugt sind. Es dürfen nicht wieder diejenigen Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Hochschule und Nationalfonds zum Zuge kommen, die schon bisher immer die Energiepolitik der Schweiz bestimmt haben. Denn dann würden wie bisher die althergebrachten Kriterien zur Beurteilung von Forschungsprojekten herbeigezogen, welche sich praktisch ausschliesslich an der ökonomischen Betrachtungsweise orientieren, währenddem der Bedeutung einer menschen- und naturgerechten Energieversorgung – wie beispielsweise dezentrale Strukturen oder eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer Umweltgüter – nicht das notwendige Gewicht zuerkannt würde.

Dieser Forschungsfonds unterstützt die Erforschung von erneuerbaren Energiequellen und alternativer Techniken; im Gegensatz zum NEFF wird er aus Bundesmitteln gespeist und ist von der Wirtschaft völlig unabhängig. Als Organisationsform könnte an eine Stiftung gedacht werden, deren Tätigkeit natürlich vom Bund überwacht wird. Das Ziel dieser Stiftung müsste die Ausarbeitung von Grundlagen für eine Energieversorgung ohne Atomenergie sein. Dabei dürften sich die Forschungsarbeiten nicht auf naturwissenschaftliche Gebiete beschränken, sondern müssten auch die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekte einer dezentralen Versorgungsstruktur berücksichtigen.

Der leitende Forschungsrat darf nicht im üblichen Sinne «ausgewogen» sein, d.h. alle energiewirtschaftlichen und parteipolitischen Interessen gleichmässig vertreten. Die in ihm vereinigten Persönlichkeiten müssen aus Überzeugung die erneuerbaren Energien langfristig zur Grundlage unserer Energieversorgung entwickeln wollen und grosses Gewicht auf interdisziplinäre Arbeitsweise legen. Entscheidend wird eine breite Fächerung des Wissens der verschiedenen Forschungsräte sein. Neben Natur- und Geisteswissenschaftlern müssen auch Ärzte und Juristen, Politiker und Journalisten, Künstler und Ökonomen (natürlich Männer und Frauen) von hohem fachlichem Niveau in diesem Gremium vertreten sein. (...)

Vorschlag 2: Bundesamt für alternative Energietechniken

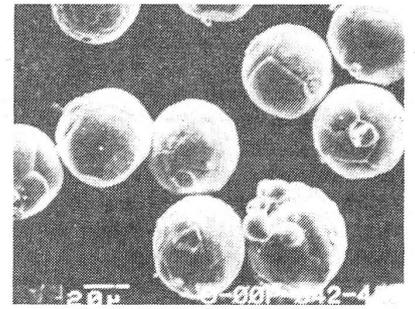
Bei allen hochschulpolitischen Auseinandersetzungen wird immer wieder festge-

Zukünftige Forschung

Die Alternativforschung muss sich an den Zielen einer neuen Energiepolitik orientieren. In der jetzigen Situation, wo die

stellt, dass das Tessin über keinerlei Hochschulinstitut verfügt. Mit einem Eidgenössischen Amt für Alternativenergien könnte dieser Mangel etwas reduziert werden. (...)

Ganz allgemein sollten die schweizerischen Umweltschutzorganisationen beim Aufbau dieses neuen eidgenössischen Amtes herangezogen werden. Denn sie haben in den vergangenen zehn Jahren sehr grosse Vorarbeit geleistet in der Bewusstseinsbildung der Bevölkerung hinsichtlich eines massvollen Umgangs mit unseren Ressourcen, aber auch in der Entwicklung von zukunftsgerechten Strategien in Wirtschaft und Politik. Diese Umweltschutzorganisationen besitzen heute zudem ein Potential von Wissenschaftlern, die mit Energieproblemen vertraut sind. Gleiches gilt für das Zentrum für angepasste Technologie und Sozialökologie in Langenbruck, das sich seit Jahren mit alternativen technischen und sozialen Strukturen auseinandersetzt. Eine Zusammenarbeit des neuen Amtes mit diesen Organisationen wäre für alle Seiten sehr fruchtbar. (...)



Brennstoffkugeln der feinsten Uranoxidfraktion
Bestrahlungsexperiment im KKW Gösgen. Aufnahme
EIR-Bericht Nr. 559

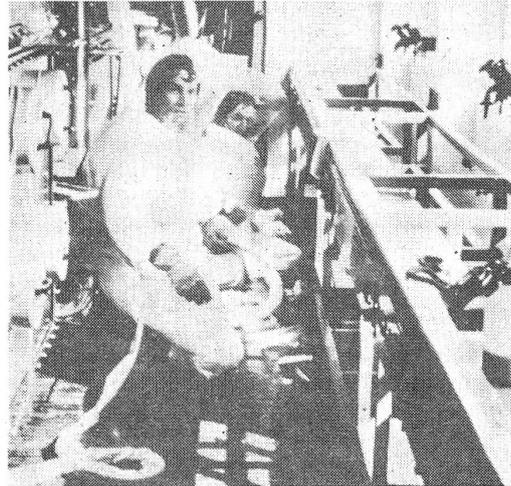


Fig. 7: Feindekontamination
Einsatz im Schutzanzug MARS
EIR-Jahresbericht

Bevölkerung mehrheitlich auf eine nukleare Energieversorgung verzichten will, handelt es sich zunächst einmal darum aufzuzeigen, dass ein krisensicheres Umsteigen auf bessere Nutzungstechniken und Alternativenergien möglich ist. Dazu genügt es allerdings nicht, effizientere Sonnenkollektoren zu entwickeln oder der Solarzelle zum Durchbruch zu verhelfen. Schon im Auftrag an die GEK hat der Bundesrat 1974 festgehalten, dass eine optimale Energiepolitik in die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eingebettet sein muss. Dies gilt auch heute noch; daher muss der Bereich der Alternativforschung sehr weit gefasst werden. Rechtliche und wirtschaftliche Fragen drängen sich auf; unsere ganze Lebensweise, welche auf Konsum und Verschleiss ausgerichtet ist, muss auf den Prüfstand gestellt werden. Aber zunächst gilt es, die in den vergangenen Jahren gewonnenen Erkenntnisse zu einem ganzheitlichen Energiekonzept zusammenzufassen. (...)

Theo Ginsburg, BaZ, 10. 7. 86



Blick in die DIORIT-Hal
Endmontage des ersten P
für das Hadron-Calorime
EIR-Jahresbericht